



Frauen Union

Sonstige Beschlüsse

**33. Bundesdelegiertentag der
Frauen Union der CDU Deutschlands,
14./15. September 2019, Leipzig**

CDU

Beschluss D 1

Aufforstung zur Begrenzung der Erderwärmung

Die CDU in Bund, Land, in den Kommunen und auf EU-Ebene wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen und die gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen, dass Aufforstung und das Pflanzen von Bäumen als Mittel zum Klimaschutz aktiv angegangen wird. Aufforstung sowie das Pflanzen von Bäumen im öffentlichen Raum, auf Plätzen und auf Straßen sowie im privaten Raum muss in das geplante Klimaschutzprogramm des Bundes als wichtiger Beitrag zur Begrenzung der Erderwärmung einbezogen werden.

Beschluss D 3

Das Miteinander im Straßenverkehr fördern

Die CDU Deutschlands und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden aufgefordert darauf hinzuwirken, dass konkrete Konzepte für ein besseres Miteinander von allen Verkehrsteilnehmern (Fußgängern, Radfahrern und allen Motorisierten) entwickelt und umgesetzt werden.

Die jetzt neue Vielfalt im Verkehr, die auch aus elektrisch betriebenen Kleinstfahrzeugen besteht, und die Mischung von Auto/ Fahrrad/ Fußgänger ist zweifellos eine Herausforderung. Deshalb ist es notwendig, das Miteinander zu fördern, anstatt bestimmte Verkehrsteilnehmer (wie z.B. ältere Menschen, Menschen mit Behinderung und Kinder) auszuschließen.

Dazu gehören u. a.

- stärkere Kontrollen und bessere Aufklärung aller Verkehrsteilnehmer zur erhöhten Vorsicht und gegenseitigen Rücksichtnahme,
- eine auf die Vielfalt im Verkehr abgestimmte Infrastruktur, um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer zu verbessern,
- die Auswirkungen von Elektrokleinstfahrzeugen (E-Skootern u. E-Bikes) auf die Verkehrswegeplanung und die Sicherheit im Straßenverkehr zu analysieren und konkrete Schlussfolgerungen für die Umsetzung von Maßnahmen, wie z.B. Kennzeichnungs- und Versicherungspflicht, zu ziehen.

Beschluss D 4 und D 27

Qualitativ hochwertige und flächendeckende Hebammenversorgung

Die Fragen einer guten flächendeckenden Versorgung von Schwangeren und Gebärenden sowie guter Arbeitsbedingungen für Hebammen sind ein Grundanliegen der Frauen Union.

Der 32. Bundesdelegiertentag 2017 hat deshalb den Bundesvorstand der Frauen Union beauftragt, sich zu Beginn der neuen Legislaturperiode ein Bild vom Stand der Geburtshilfe in Deutschland zu machen und das Bundesministerium der Gesundheit aufzufordern, eine Auswertung der bisherigen Maßnahmen vorzunehmen und dem Bundesvorstand zu übermitteln.

Der Bundesvorstand hat dazu am 1. Februar 2019 ein ausführliches Gespräch mit dem Bundesminister der Gesundheit geführt. Dabei hat er sein Eckpunktepapier „Sofortmaßnahmen zur Stärkung der Geburtshilfe“ zur Umsetzung der im Koalitionsvertrag für die 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestages beschlossenen Maßnahmen vorgestellt. Zwischenzeitlich sind die dafür erforderlichen Gesetze bereits in Kraft getreten (Qualifizierungschancengesetz, GKV-Versorgungsstärkungsgesetz, Terminservice- und Versorgungsgesetz) oder auf den Weg der parlamentarischen Beratung gebracht (Hebammenstärkungsgesetz).

Um weiterhin offene Fragen und unterschiedliche Einschätzungen mit Experten im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens erörtern zu können, fordert der Bundesdelegiertentag den Bundesvorstand auf, ein Fachgespräch unter Beteiligung der Antragsteller durchzuführen und gegebenenfalls über weitere Maßnahmen zu beschließen.

Beschluss D 5

Kostenfreie Bereitstellung von Leitungswasser in Geschäften, Restaurants, Kantinen und im Rahmen von Verpflegungsdienstleistungen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass in Deutschland, wie bereits in Frankreich erfolgt, die Maßnahmen zur Werbung für Leitungswasser aus Artikel 13 der Richtlinie der EU (Nr. Komm.dok: 5846/18 – COM (2017)753 final +ADD1, am 01.02.2018 angenommen) mit sofortiger Wirkung umgesetzt werden.

Wie von einigen Mitgliedsstaaten bereits umgesetzt, sind auch in Deutschland geeignete Maßnahmen für den Zugang zu Leitungswasser für den menschlichen Verbrauch umzusetzen und dafür zu werben.

Geeignete Maßnahmen zur Werbung für Leitungswasser für den menschlichen Gebrauch umfassen:

1. Kampagnen zur Sensibilisierung der Bevölkerung für die Qualität des Leitungswassers und zur Bereitstellung des Leitungswassers in Geschäften, Restaurants, Kantinen und im Rahmen von Verpflegungsdiensten.
2. Förderung der Bereitstellung von Leitungswasser in Verwaltungs- und anderen öffentlichen Gebäuden.

Beschluss D 8

Schutz von Kindern und Jugendlichen vor pornographischen Inhalten im Internet

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, verstärkt Maßnahmen zum Schutz vor pornografischen, Frauen verachtenden und Gewalt verherrlichenden Darstellungen im Internet zu ergreifen. Personen unter 18 Jahren sollten keinen Zugang zu vorstehend genannten Inhalten erhalten können. Der Jugendmedienschutz im Internet ist zu stärken.

Beschluss D 9, D 17 und D 18

Bessere Startchancen für Heim- und Pflegekinder bei Eintritt in das Berufsleben

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die Kostenbeteiligung von Jugendlichen für die laufende Unterbringung in Pflegefamilien bzw. Heimen bei Eintritt in das Berufsleben mit dem Ziel einer Senkung zu überprüfen. Deren Kostenbeteiligung für eine vorherige Unterbringung in Pflegefamilien bzw. Heimen bei eigenen Einkünften ist abzuschaffen.

Beschluss D 10, D 11 und D 22

Upskirting bestrafen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die Schutzlücken des Strafgesetzbuches hinsichtlich bloßstellender Bildaufnahmen von Kindern und Frauen zu schließen und das „Upskirting“ vollumfänglich unter Strafe zu stellen.

Bei der Ausgestaltung des Strafrechtes ist darauf zu achten, dass dabei das hier in erster Linie verletzte Rechtsgut der sexuellen Selbstbestimmung und die Aspekte sexualisierter Machtausübung und Erniedrigung Berücksichtigung finden.

Der Bundesvorstand der Frauen Union der CDU Deutschlands wird aufgefordert, einen entsprechenden Antrag beim Parteitag der CDU Deutschlands einzubringen.

Beschluss D 12

Anonyme Spurensicherung: ärztliche und labortechnische Leistungen bundesweit finanzieren

Die Frauen Union der CDU Deutschlands fordert die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Rundes Tisches gegen Gewalt an Frauen auf, eine bundesweit flächendeckende Erfassung der Angebote zur anonymen/vertraulichen Sicherung von Spuren bei Opfern von sexualisierter Gewalt vorzunehmen und für eine gesicherte Finanzierung zu sorgen.

Beschluss D 13

Ehrenamt fördern statt es zu behindern: Umsatzsteuerliche Erleichterungen für Veranstaltungen, die vornehmlich von und durch Ehrenamtliche gestaltet werden

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert zu prüfen, wie die Durchführung von Brauchtums- und Traditionsveranstaltungen, die von und durch Ehrenamtliche gestaltet werden, von der neuen Umsatzbesteuerung ab 1. Januar 2021 ausgenommen werden können.

Es gilt, das Ehrenamt zu fördern und dafür Sorge zu tragen, dass Menschen sich aktiv an der Gestaltung unserer Heimat und unseres Gemeinwesens beteiligen können. Hier ist eine deutliche Abgrenzung von gewerblichen Angeboten vorzunehmen.

Beschluss D 14

Interkommunale Zusammenarbeit erleichtern – Zusammenarbeit der Kommunen durch Umsatzbesteuerung nicht erschweren

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert,

1. die Optionsfrist zur Anwendung des alten Rechts nach § 27 Absatz 22 Satz 3 UStG bis zur Klärung der Ziffer 1 zu verlängern,
2. das Einführen einer umsatzsteuerrechtlichen Anrufungsauskunft nach dem Vorbild von § 42e EStG und
3. in Anlehnung an den Beschluss der Innenministerkonferenz (IMK) aus dem Juni 2019 dafür zu sorgen, dass die Anwendung des § 2b UStG nicht zu einer Beeinträchtigung interkommunaler Zusammenarbeit und Kooperation führt.

Beschluss D 15

Bessere Rahmenbedingungen für die solitäre Kurzzeitpflege schaffen

Kurzzeitpflege bedeutet eine Entlastung für pflegende Angehörige und einen „Tapetenwechsel“ für Pflegebedürftige. Die Möglichkeit der Kurzzeitpflege kann für beide Parteien in Veränderungsphasen eine sichere Betreuungsform und eine Entlastung der zu Pflegenden darstellen.

Der Gesetzgeber sieht für folgende Fälle die Möglichkeit einer Kurzzeitpflege vor: Wenn eine pflegebedürftige Person für eine begrenzte Zeit einer vollstationären Pflege bedarf, was häufig nach einem Krankenhausaufenthalt der Fall ist, oder wenn die häusliche Pflege für eine bestimmte Zeit ausgesetzt werden soll (Urlaub o.Ä.) oder muss (Krankheit, Verhinderung o.Ä.). Diese Pflege ist auf eine Dauer von 56 Tagen im Jahr begrenzt. Für diesen Zeitraum übernehmen die Pflegekassen die Kosten der stationären Unterbringung.

Die bestehenden Möglichkeiten der Kurzzeitpflege und deren Finanzierung reichen nicht aus.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, die Rahmenbedingungen und die finanzielle Ausstattung der Kurzzeitpflege und insbesondere der solitären Kurzzeitpflege dauerhaft zu verbessern. Hierbei soll auch die Möglichkeit bestehen, die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung fach- und sachgerecht in diese Pflegeform einzubeziehen und dabei die Situation von pflegebedürftigen schulpflichtigen Kindern mit Behinderung zu berücksichtigen.

Beschluss D 19

Auch für Jugendliche aus Familien, die im Sozialleistungsbezug sind oder Kinderzuschlag erhalten, soll sich Leistung lohnen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, auf die Einführung eines Freibetrages für das Vermögen und Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Ausbildungsvergütung von Kindern bzw. Jugendlichen hinzuwirken.

Beschluss D 21

Aktionsplan „Schwimmen lernen“ starten

Die Frauen Union der CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung und die Landesregierungen auf, einen Aktionsplan „Schwimmen lernen in Deutschland“ zu starten.

Beschluss D 23

Hilfe für Kinder psychisch und / oder suchterkrankter Eltern

Die Frauen Union Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, eine gesicherte Finanzierung für den flächendeckenden Aufbau eines Hilfesystems für Kinder psychisch und / oder suchterkrankter Eltern aufzubauen.

Beschluss D 24

Müllreduzierung

Die Frauen Union Deutschland fordert die Bundesregierung auf, durch geeignete Maßnahmen insbesondere auf den Einzelhandel einzuwirken, um das Aufkommen von Einmal-Verpackungen und unnötigen Plastikabfällen auf ein Minimum zu reduzieren.



Beschluss D 25

Spracherwerb vor Beginn der regulären Grundschulzeit

Die Frauen Union der CDU Deutschlands unterstützt die Umsetzung des Koalitionsvertrages im Gute-Kita-Gesetz für mehr und bessere Kita-Betreuung.

Um Kinder schon vor der Schule besser zu fördern, fordert die Frauen Union der CDU Deutschlands die Landesregierungen auf, verpflichtende Sprachstandserhebungen bei Kindern deutlich vor Beginn der regulären Grundschulzeit durchzuführen. Bei Feststellung einer altersbedingten Notwendigkeit von Fördermaßnahmen soll eine Sprachförderung angeboten werden, deren Teilnahme verpflichtend ist.